

Studentenberge und Lehrlingstäler: droht die Akademisierung der Gesellschaft?

Lüttinger, Paul

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

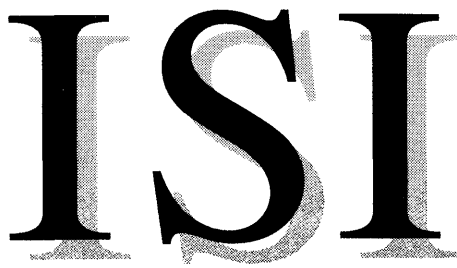
Lüttinger, P. (1994). Studentenberge und Lehrlingstäler: droht die Akademisierung der Gesellschaft? *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 12, 1-4. <https://doi.org/10.15464/isi.12.1994.1-4>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>



Informationsdienst Soziale Indikatoren

Sozialberichterstattung * Gesellschaftliche Trends * Aktuelle Informationen

Nr. 12
Juli 1994

Eine **ZUMA**
Publikation

Studentenberge und Lehrlingstäler:

Droht die Akademisierung der Gesellschaft?

Mit diesem Beitrag wird eine Thematik aufgegriffen, die in den letzten Monaten immer wieder für Schlagzeilen gesorgt hat. In Pressemeldungen und Kommentaren wurde eine Aussage der Deutschen Rektorenkonferenz aufgegriffen, es gäbe inzwischen mehr Studenten als Lehrlinge, was der deutschen Wirtschaft langfristig eher schade als nütze und zudem ein Grund für die Misere an den Hochschulen sei. In diesem Zusammenhang wurden eine Stärkung der beruflichen Bildung, ein restriktiverer Hochschulzugang und schärfere Studienbedingungen gefordert und teilweise auch schon realisiert. Die Öffentlichkeit hat sich bislang mit dieser Aussage kaum kritisch auseinander gesetzt, und auch von seiten der Wissenschaft war die Resonanz eher gering. Dies ist vor allem deshalb verwunderlich, weil diese Behauptung unter methodischen Gesichtspunkten problematisch ist und auch Ursachen nicht benannt werden.

Weniger Lehrlinge und mehr Studenten

Mit dem intensiven Ausbau des weiterführenden Schulsystems und der zumindest ansatzweise geglückten Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Bildungsbereichen in den siebziger Jahren konnten nicht nur einige der traditionellen Benachteiligungen im Bildungssystem beseitigt werden (man denke an Dahrendorfs oft zitierte „katholische Arbeiterkinder vom Lande“), sondern es änderten sich langfristig auch die Bildungsaspirationen der Bevölkerung: Bildung wurde auch von bildungsferneren Schichten immer mehr als eine notwendige - wenngleich nicht hinreichende - Ressource für beruflichen Erfolg erkannt. Die Folge war, daß die Zahl der Schüler an weiterführenden Realschulen und Gymnasien stark anstieg. Auch die Zahl der Studenten erhöhte sich kontinuierlich von circa einer halben Million im Jahre 1975 auf 1,6 Millionen in 1991, während die Zahl der Schüler in einer beruflichen Ausbildung nach dem Höhepunkt im Jahre 1984 mit 2,5 Millionen bis auf 2,1 Millionen in 1991 zurückging. Dies war der Anlaß für die Diskussion um

das Mißverhältnis von „zu vielen Studenten“ und „zu wenig Lehrlingen“. In den Medien erscheint diese Entwicklung oftmals noch dramatischer, wenn dort häufig nur die Zahl der Lehrlinge mit der Zahl der Studenten verglichen wird, nicht aber die Schüler berücksichtigt werden, die in einer beruflichen Ausbildung stehen: 1991 gab es 1,67 Millionen Lehrlinge, aber 2,13 Millionen Schüler in einer nicht-akademischen beruflichen Ausbildung, wie z.B. Berufssonderschulen, Berufsaufbauschulen oder Fachschulen, die oft in ähnliche berufliche Positionen führen wie eine betriebliche Lehre. Bei der Interpretation dieses Sachverhaltes sind jedoch verschiedene Gesichtspunkte zu berücksichtigen, die in der öffentlichen Diskussion nicht thematisiert werden.

Die Zahl der Schüler im dualen Ausbildungssystem wird aufgrund der durchschnittlich dreijährigen Ausbildung im wesentlichen von den 15- bis 19jährigen bestimmt, in den achtziger Jahren mit etwas steigender Tendenz beim Alter: Nach der Bildungsgesamtrechnung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung wechseln auch zunehmend mehr Schüler mit Hochschulreife zunächst in das duale Ausbildungssystem - in den

Inhalt

**Studentenberge
und Lehrlingstäler 1**

**Zustand der öffentlichen
Sicherheit beeinträchtigt
Wohlbefinden der Bürger 5**

**Wandel der Lebensverhältnisse
in Deutschland - Konferenz
der Sektion Sozialindikatoren
der DGS 9**

**Verbesserungen der Umwelt im
Osten - doch für die Bürger gibt
es zur Zeit Wichtigeres 10**

**Buchbesprechung:
Porträt der Regionen 15**

achtziger Jahren zwischen zehn und 18 Prozent eines Ausbildungsjahrgangs. Dagegen rekrutiert sich die Zahl der Studenten aus fast zehn Jahrgängen, was einerseits auf die durchschnittliche Studierdauer von 13 bis 14 Semestern, andererseits auf den Trend zu einem höheren Durchschnittsalter der Studienanfänger zurückzuführen ist. Seit den siebziger Jahren steigt die Zahl der Studenten, die z.B. erst nach einer Berufsausbildung ein Studium beginnen. So waren 1990 nur noch 28 Prozent der Studierenden jünger als 24, aber bereits 30 Prozent älter als 28 Jahre (13. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes). 1988 betrug das durchschnittliche Examensalter nach Ergebnissen der Hochschulstatistik 28 Jahre. Hinzu kommt eine demographische Komponente. Die Annäherung der Studenten- und Lehrlingszahlen ist nicht nur dadurch bedingt, daß zunehmend mehr junge Leute der dualen Ausbildung den Rücken kehren, sondern vor allem auch dadurch, daß sich die geburtenstarken Jahrgänge der sechziger Jahre gegenwärtig noch in der universitären Ausbildung befinden, während sich die meist 15- bis 19jährigen Lehrlinge schon aus den geburtenschwächeren Jahrgängen der siebziger Jahre rekrutieren. Zum Vergleich: 1966 betrug die Anzahl der Geburten circa eine Million; 1975 dagegen nur noch circa 600.000. Seit Anfang der neunziger Jahre gibt es eine leicht rückläufige Entwicklung bei den Erstsemesterzahlen als Folge der demographischen Entwicklung, die jedoch nicht so stark ausfällt wie vermutet, da der demographische Effekt durch die zunehmende Studierneigung kompensiert wird.

Nur eine Minderheit studiert

Aufgrund der erheblichen Schwankungen in der Stärke von Geburtskohorten, die sukzessive die verschiedenen Bildungseinrichtungen durchlaufen, bietet eine Betrachtung der absoluten Zahlen kein eindeutig zu interpretierendes Bild. Die absoluten Werte müssen auf die jeweiligen Bevölkerungszahlen bezogen werden. In den Medien wurde mehrfach die Aussage der deutschen Rektorenkonferenz aufgegriffen, daß 30 Prozent eines Jahrgangs studieren würden. Langfristige Prognosen der Kultusminister gehen sogar davon aus, daß der Studentenanteil im Jahr 2000 40 Prozent eines Jahrgangs betragen werde. Um die Aussage der Rektorenkonferenz zu überprüfen, wur-

den mit dem Mikrozensus 1989 jeweils die Anteile von Studenten (an Hoch- und Fachhochschulen) und Schülern (an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen) für die Altersjahrgänge zwischen 19 und 30 Jahren berechnet.

Der Mikrozensus ist eine jährlich stattfindende repräsentative amtliche Stichprobenerhebung über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt. Die Stichprobengröße beträgt ein Prozent der Bevölkerung. 1989 waren dies circa 600.000 Personen in 250.000 Haushalten. Der Stichprobenumfang und die Tatsache, daß es sich um eine Erhebung mit Auskunftspflicht handelt, erlaubt zuverlässige Aussagen auch noch auf der niedrigen Aggregationsstufe von einzelnen Altersjahrgängen.

Maximal 17 Prozent eines Jahrgangs studieren

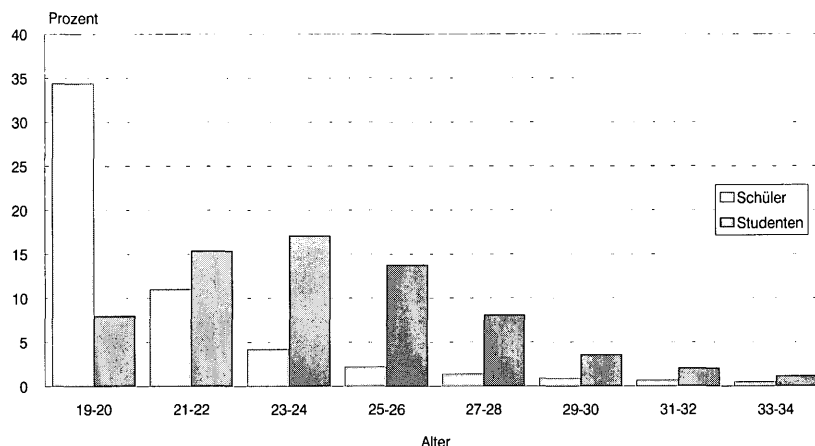
Wie der Grafik 1 zu entnehmen ist, findet sich die höchste Studentenquote mit circa 16 Prozent in der Gruppe der 23jährigen. Die plakative Aussage „Mehr Studenten als Lehrlinge“ ist somit nicht nur auf der Ebene der absoluten Zahlen kritisch zu beurteilen; sie ist auch bei der Betrachtung nach Quoten nicht aufrecht zu erhalten. Die in der Öffentlichkeit diskutierten Quoten von 30 Prozent resultieren daraus, daß in der Regel nicht die Anzahl der Studenten eines Jahrgangs auf die Anzahl aller Personen dieses Jahrgangs bezogen wird, sondern die Ge-

samtzahl aller eingeschriebenen Studenten auf eine bestimmte Altersgruppe, z.B. auf die 19- bis 26jährigen. Auf diese Weise kommt man jedoch, wie wir oben schon gesehen haben, unweigerlich zu überhöhten Zahlen, da sich die Gesamtzahl der Studenten aus wesentlich mehr Altersjahrgängen rekrutiert als die Zahl der Lehrlinge.

Eine Akademisierung der Gesellschaft findet nicht statt

Die These der zunehmenden Akademisierung unterstellt, daß der Wirtschaft damit die benötigten Fachkräfte entzogen würden. Ob dies zutrifft, läßt sich beantworten, wenn man die gesamte Ausbildungsstruktur eines Jahrgangs betrachtet, also auch der Personen, die das Ausbildungssystem bereits verlassen haben und schon erwerbstätig sind. In Grafik 2 vergleichen wir den Anteil von Personen, die noch in einer akademischen Ausbildung sind einschließlich derer, die eine solche bereits abgeschlossen haben, mit den Personen, die in einer praktischen beruflichen Ausbildung stehen oder eine solche schon abgeschlossen haben. Als „akademische“ Ausbildung wird hierbei nicht nur der Hochschulbesuch/-abschluß definiert, sondern auch schon das Abitur, das prinzipiell zum Studium berechtigt - wenngleich nicht alle Abiturienten davon Gebrauch machen. Aber auch bei dieser Betrachtungsweise bestätigt sich das bereits gewonnene Bild. Der überwiegende

Graphik 1
19-34jährige Schüler und Studenten (in Prozent)



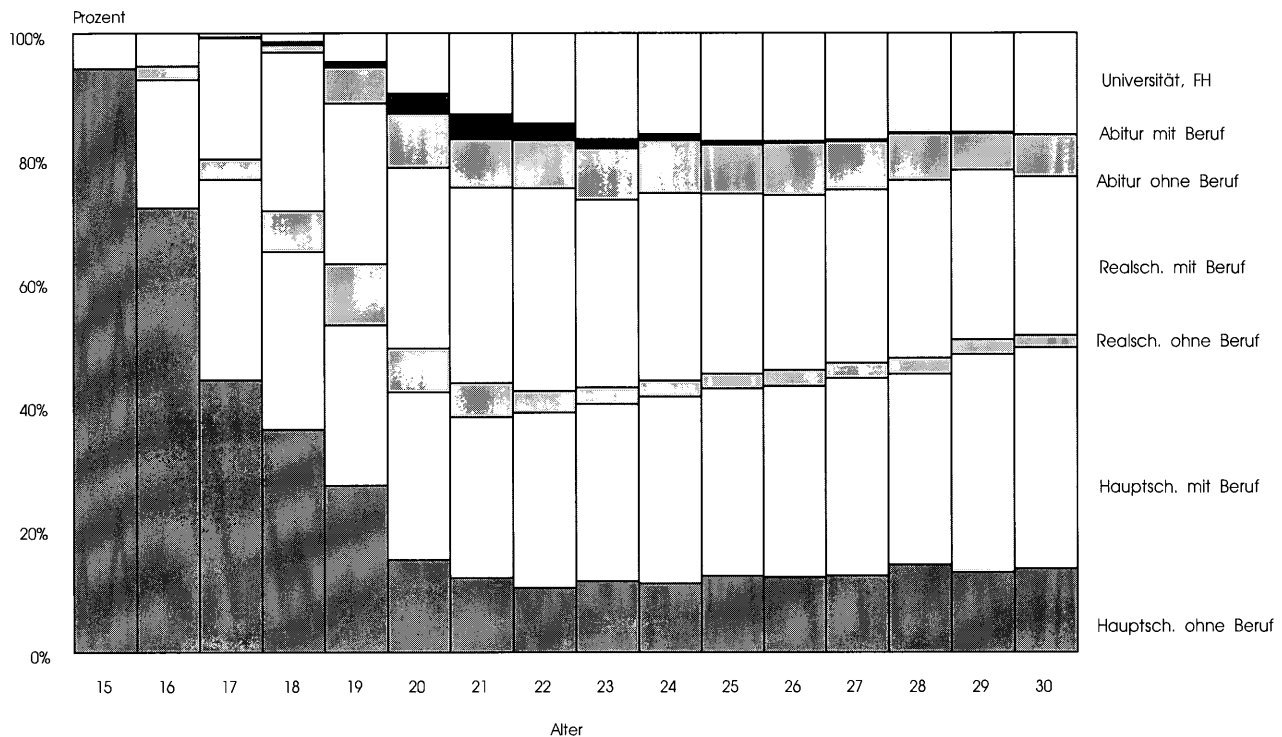
Schüler: Haupt- und Realschule, Gymnasien, Fachoberschule, Gesamtschule

Studenten: Fachhoch- und Hochschule

Datenbasis: eigene Berechnung nach Mikrozensus 1989, anonymisierte 70% Unterstichprobe des Mikrozensus (ZUMA-File)
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung

Graphik 2

Bildungsabschluß und Schulbesuch, 15 - 30 jährige (in Prozent)



Hauptschule: incl. ohne Abschluß

Datenbasis: eigene Berechnung nach Mikrozensus 1989, anonymisierte 70% Unterstichprobe des Mikrozensus (ZUMA-File)

Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung

Teil jedes Altersjahrganges ist von der Ausbildung her auf eine betriebliche Ausbildung ausgerichtet: über 70 Prozent der 20- bis 30jährigen haben weniger als die Fachhochschul- bzw. Hochschulreife (ohne bzw. mit Berufsausbildung) und sind damit nicht studienberechtigt. Von einer „akademisierten“ Gesellschaft kann folglich wohl kaum die Rede sein. Auf der Ebene der absoluten Zahlen ist ein Vergleich der Anzahl der Absolventen aussagekräftiger als ein Vergleich der Anzahl der Studenten und Auszubildenden, da hierbei Effekte, wie unterschiedliche Verweildauern oder auch Abbrecherquoten (nach verschiedenen Schätzungen circa 20 bis 25 Prozent eines Studienjahrganges), kontrolliert werden, wengleich derartige absolute Zahlen

durch Schwankungen in den Kohortenstärken beeinflußt werden. Auch die Anzahl der beruflichen Prüfungen sinkt von der Rekordhöhe von 680.000 Prüfungen in 1987 auf 498.000 in 1991, während die Zahl der Hochschulprüfungen in den achtziger Jahren kontinuierlich von 123.000 (1980) auf 171.000 (1991) zunimmt. Allerdings werden damit auch zu Beginn der neunziger Jahre immer noch annähernd dreimal so viele berufliche Prüfungen absolviert wie Hochschulprüfungen, und die Zahl der beruflichen Prüfungen liegt 1991 etwa auf der gleichen Höhe wie am Ende der siebziger Jahre. Gleichzeitig fiel der Anstieg der Hochschulprüfungen in den letzten 20 Jahren nur gering aus. Des weiteren wurden 1990 circa 545.000 Ausbildungsverträge abge-

schlossen, also nahezu doppelt so viele, wie es Studienanfänger gab (278.000). Das vielzitierte Bild einer akademisierten Gesellschaft erscheint auch aus dieser Perspektive kaum begründet. Nach wie vor dominieren die unteren und mittleren beruflichen Ausbildungsgänge, so daß auch in naher Zukunft - jedenfalls von der Angebotsseite her - nicht mit einem Mangel an Fachkräften zu rechnen ist.

Alternative Entwicklungsmöglichkeiten

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß das Bild einer ständig abnehmenden Lehrlingspopulation sowie einer kontinuierlich steigenden Studentenquote irreführend ist, da es sich aus verschiedenen

Faktoren, wie z.B. der demographischen Entwicklung oder unterschiedlicher Verweilzeiten in den Bildungssystemen zusammensetzt, oder einfach ein Ergebnis der verwendeten statistischen Methode ist. Bei näherer Betrachtung ergibt sich auch empirisch keine Bestätigung für die These eines „bedrohlichen“ Überangebots an akademisch qualifizierten Personen. Darüber hinaus gibt es keine anerkannten Beurteilungskriterien dafür, ab wann der „Akademisierungsgrad“ einer Gesellschaft zu negativen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Konsequenzen führt. Die genannten Thesen gehen von einer rein numerischen Betrachtungsweise aus: Die (abnehmende) Zahl an Facharbeitern wird gegen die (zunehmende) Zahl der Studenten verrechnet. Dabei bleiben aber viele mögliche Entwicklungen und Alternativen unberücksichtigt, die - den politischen und wirtschaftlichen Willen vorausgesetzt - ein erhebliches Steuerungspotential aufweisen, um einen eventuellen Mangel an Fachkräften zu verhindern. Sie werden im folgenden kurz diskutiert.

Dem letzten Berufsbildungsbericht der Bundesregierung von 1993 zufolge wird gegenwärtig, wie auch schon in den siebziger und achtziger Jahren, aus kurzfristigen ökonomischen Erwägungen heraus das Angebot an Lehrstellen reduziert, was dazu führt, daß durch den Anstieg der Absolventenzahlen für die nächsten Jahre wieder mit einem Lehrstellenmangel zu rechnen ist. Eine Schlußfolgerung daraus müßte sein, das Angebot an Lehrstellen von konjunkturellen Entwicklungen abzukoppeln - sei es durch überbetriebliche Ausbildungsplätze oder andere Maßnahmen. Es erscheint paradox, einerseits die beruflichen Ausbildungsbedingungen oder -chancen durch den Abbau von Lehrstellen zu verringern und andererseits die zunehmende Abkehr von der Form der beruflichen Bildung zu beklagen. Diese Abkehr wird sicherlich auch dadurch gefördert, daß aufgrund der konjunkturellen Lage gegenwärtig viele Lehrlinge nach ihrer Ausbildung von den Betrieben nicht übernommen werden.

1989 hatten insgesamt circa 18 Prozent der Erwerbstätigen - dies entspricht nahezu 5 Millionen Menschen - keinen beruflichen Bildungsabschluß (eigene Berechnungen Mikrozensus 1989). Hierbei handelt es sich keineswegs nur um ältere Jahrgänge - bei denen diese Quoten sogar bis zu 30 Prozent ansteigen; auch bei den 22- bis 36jährigen liegen die Werte bei 13

bis 14 Prozent der einzelnen Jahrgänge. Nach einem Bericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung sind rund ein Viertel der 20- bis unter 25jährigen, die über keine berufliche Ausbildung verfügen, Ausbildungsabbrecher, und mehr als die Hälfte verzichtet auf eine Ausbildung; ein Fünftel sind abgewiesene Lehrstellenbewerber. Es ist schwer nachvollziehbar, daß eine Gesellschaft, die sich pro Jahrgang bis zu 100.000 Erwerbstätige ohne beruflichen Bildungsabschluß leistet, einen Mangel an Fachkräften beklagt, anstatt die vorhandenen Qualifizierungsreserven auszuschöpfen. Zieht man nicht nur die Erwerbstätigen, sondern die gesamte Bevölkerung in die Berechnungen ein, so bleiben pro Jahrgang bis zu 200.000 Personen ohne berufliche Ausbildung.

Ein weiterer Faktor, der das Angebot an Fachkräften positiv beeinflussen kann, ist die Erwerbstätigkeit von Frauen. In Deutschland (alte Bundesländer) betrug 1991 die Erwerbsquote der 25- bis 49jährigen Frauen 74 Prozent, in den neuen Bundesländern dagegen 96 Prozent. Die Frauenerwerbstätigkeit ist sicherlich von vielen Faktoren abhängig, aber, wie auch die Beispiele der skandinavischen Länder (Finnland 84 Prozent; Dänemark: 88 Prozent; Schweden: 90 Prozent) zeigen, durch wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen, wie z.B. familienorientierte Arbeitszeiten, Kinderbetreuungsmöglichkeiten oder Schulzeiten, erheblich zu beeinflussen. Einen negativen Effekt auf die Erwerbstätigkeit von Frauen hat sicherlich auch die noch immer vorhandene Konzentration von weiblichen Auszubildenden auf nur wenige Ausbildungsberufe - was bestimmt nicht nur an der Einstellung der jungen Frauen liegt: Nach dem Berufsbildungsbericht von 1993 konzentrieren sich 55 Prozent aller weiblichen Auszubildenden auf nur zehn Ausbildungsberufe, bei den Männern dagegen nur 38 Prozent; der Anteil der Frauen in den gewerblich-technischen Ausbildungsberufen lag beispielsweise bei 9 Prozent. Ein erhebliches Steuerungspotential für den Arbeitsmarkt liegt auch in den Zuwanderungen. Das Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln schätzt, daß Deutschland bis zum Jahre 2020 einen jährlichen Zuwanderungsbedarf von 400.000 Personen hat. Dies setzt allerdings eine aktive, eventuell an Quoten (oder gar Berufen) orientierte Zuwanderungspolitik voraus. Zudem wird der Umfang der notwendigen Zuwanderungen von der Höhe der

Frauenerwerbsquote entscheidend beeinflusst.

1990 haben 13 Prozent der männlichen und 26 Prozent der weiblichen Studienberechtigten eine betriebliche Ausbildung aufgenommen. Wenngleich diese Ausbildung für viele nur ein Durchgangsstadium zum Studium ist, könnten sicherlich viele Abiturienten - bei entsprechend interessanten beruflichen Alternativen - für eine nicht-akademische Berufskarriere gewonnen werden. Dafür sprechen noch zwei weitere Fakten: Zum einen konzentriert sich bislang über die Hälfte der Auszubildenden mit Abitur auf nur wenige Ausbildungsberufe aus dem kaufmännischen- und Bürobereich; zum anderen hatten (1988) 21 Prozent der Studierenden an Universitäten (59 Prozent an Fachhochschulen) bereits eine berufliche Ausbildung hinter sich.

Generell bleibt festzuhalten, daß eine enge Koppelung von Ausbildungsmöglichkeiten und Formen an die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes zu kurzfristig ist: Bedürfnisse des Arbeitsmarktes ändern sich zu rasch, so daß sich die vielleicht aus individueller und arbeitsmarktpolitischer Perspektive zunächst richtige Wahl eines bestimmten Ausbildungsweges am Ende als falsch erweisen kann. Deshalb ist es langfristig ökonomisch und politisch vernünftiger, Ausbildungswege und Formen nicht zu eng am temporären wirtschaftlichen Bedarf zu orientieren, sondern Möglichkeiten zu schaffen, flexibel auf Defizite bzw. Ungleichgewichte zu reagieren sowie die vorhandenen Potentiale auszuschöpfen. Der Trend zur höheren Bildung ist eines der dauerhaften Merkmale der Modernisierung, der auch durch politische Maßnahmen schwerlich rückgängig gemacht werden kann, vor allem da eine bessere Bildung - ceteris paribus - auch zu besseren Berufschancen führt. Eine Verschärfung des Zugangs zum Studium oder der Studienbedingungen ist angesichts der oben diskutierten Tatsachen und Möglichkeiten, das Problem des Fachkräftemangels zu beheben, das am wenigsten taugliche Mittel, wenngleich vielleicht eines der bequemsten, da hierbei keine Kosten entstehen und keine inhaltlichen Konzepte aufgezeigt werden müssen.

Paul Lüttinger, ZUMA
(Tel.: 0621-1246-268)